

Diskussion zum neuen Hochschulgesetz

Hochschulräte Sprachrohr der Zivilgesellschaft oder Eingriffsmöglichkeit der Wirtschaft?

Mit der Überarbeitung des Thüringer Hochschulgesetzes im Jahr 2006 wurden die beratenden Kuratorien durch Hochschulräte ersetzt. Mit der Umsetzung der Bologna-Reform, die durch die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge sichtbar wurde, sollten sich die Hochschulen neu ausrichten: mehr Mobilität der Studierenden, mehr Internationalisierung, mehr Praxisbezug und vor allem auch: eine bessere Passfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt.

In diesem Sinne wurden auch die Strukturen der akademischen Selbstverwaltung umgebaut. Schlanker und schneller sollte alles gehen. Weniger Beratungen und Debatten im Senat, mehr Vollmachten für die Hochschulleitungen und auch mehr Einfluss und Entscheidungskompetenzen für die vorwiegend extern besetzten Hochschulräte.

Dieser Trend wurde von der LINKEN scharf kritisiert: Studierende und Mitarbeitende an den Hochschulen verloren an Einfluss auf die Gestaltung ihres studentischen Lebens bzw. Arbeitsalltags. Der Einfluss von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden führte zu dem unguuten Gefühl, dass die Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend durch Auftragsforschung und externe Einflussnahme in Gefahr sei.

Aktuell steht Thüringen vor einer erneuten Überarbeitung des Hochschulgesetzes: Von April bis Juni finden an allen Hochschulstandorten öffentliche Dialogforen statt, die Forderungen aller Hochschulangehörigen aufnehmen. In der zweiten Jahreshälfte werden diese dann in Werkstattgesprächen weiterentwickelt und zur Grundlage des Gesetzentwurfs des Wissenschaftsministeriums. Schon dieser offene Prozess zeigt deutlich, in welche Richtung

Rot-Rot-Grün gehen wird: Mehr Demokratie und Mitbestimmung an den Hochschulen verbunden mit einem Plädoyer für Offenheit, Transparenz und Internationalität sowie den notwendigen Rahmenbedingungen für gute Arbeit auch in der Wissenschaft.

Wie passt angesichts dieser Zielstellungen die bisherige Form der Hochschulräte in ein künftiges Hochschulgesetz? Dieser Frage gingen am 15. April mehr als 40 Interessierte auf Einladung der Linksfraktion im Landtag und der Landesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft und Hochschule DIE LINKE Thüringen nach.

Nach interessanten Einführungsvorträgen, die auf der Homepage der Fraktion nachzuhören sind, gab es eine engagierte Debatte.

Dabei herrschte Konsens, dass Hochschulen stets Reflexionsraum gesellschaftlicher Prozesse sein müssen und deshalb die Kommunikation zwischen Hochschulen und anderen gesellschaftlichen Akteuren sichergestellt werden muss. Wie dies am besten zu bewerkstelligen sei und vor allem, wie sich die gesamte gesellschaftliche Breite an den Hochschulen abbilden kann, darüber kamen die Diskutierenden allerdings zu keinem gemeinsamen Fazit.

So verwies etwa Mandy Gratz vom freien Zusammenschluss von studentinnenschaften (fzs) e.V. darauf, dass jeder Mensch, der an eine Hochschule kommt, natürlich auch gesellschaftliche Positionen hineinbringt. Hochschulräte sorgten hingegen dafür, dass be-

stimmte gesellschaftliche Stimmen (oft die von Unternehmen) lauter zu hören seien als andere.

Dem hielt Josef Lange, Vorsitzender des Universitätsrates der Friedrich-Schiller-Universität Jena, entgegen, dass Hochschulräte demokratische Organe seien und in erster Linie den Hochschulen verpflichtet. Die Findungskommissionen stellten dabei auch die Beteiligung der akademischen Selbstverwaltung sicher. Christian Schaft, wissenschafts- und hochschul-



politischer Sprecher der Linksfraktion, äußerte Zweifel an dieser Position. So seien etwa zwei Senatsmitglieder in der Findungskommission unmöglich repräsentativ für die vier dort repräsentierten Gruppen von Hochschulangehörigen. Er plädierte für eine Vielfalt der Modelle, die sich jedoch an neu zu verhandelnden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu orientieren haben: Wie schaffen wir eine breitere gesellschaftliche Repräsentation in einem künftigen Hochschulrat? Welche demokratischen Prinzipien gelten für die Auswahl? Und: Welche Entscheidungskompetenz sollte eine externe Gruppe besitzen?

Thomas Völker
Foto: Peter Lahn

VON A BIS Z:

Digitalkompass

Als wichtiges Thema auch für den Landesseniorenrat Thüringen, bezeichnete Margit Jung, familienpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, „Maßnahmen und Initiativen, die den Umgang älterer Menschen mit Computer und Internet unterstützen“. Die Landespolitikerin begrüßte in diesem Zusammenhang den Digital-Kompass für Senioren (www.digital-kompass.de), ein neues Online-Angebot der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und von Deutschland im Netz (DsiN), das auf der Seniorenmesse in München vom 8. bis 10. April präsentiert worden war.

Die Nutzung digitaler Dienste führe gerade bei älteren Generationen zu einer spürbaren Bereicherung des Lebensalltags. Der virtuelle Kontakt zu Freunden und Verwandten, Kindern und Enkeln wirke nicht zuletzt Rückzug und Vereinsamung entgegen. Margit Jung gab auch zu bedenken: „Die Möglichkeiten, die sich durch das Internet eröffnen, erstrecken sich gerade für Seniorinnen und Senioren im strukturschwachen ländlichen Raum von Einkauf und Versorgung bis zu Angeboten des lebenslangen Lernens.“ Nicht zuletzt sei die Vermittlung von Kompetenzen für einen sicheren Umgang mit dem Netz ein wichtiges Anliegen, damit vor Risiken und Schäden geschützt werden kann. Das Land Thüringen müsse sich der Thematik Internetnutzung für ältere Menschen noch stärker widmen, so die Seniorenpolitikerin.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nachdem jetzt der Thüringer Landtag vom 20. bis 22. April zu Tagungen zusammengetreten ist, finden die nächsten Plenarsitzungen in der Zeit vom 18. bis 20. Mai statt. Die letzten Sitzungstage vor der parlamentarischen Sommerpause sind vom 22. bis 24. Juni geplant.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen auf der Besuchertribüne im Erfurter Landtag bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Anhörung

Nach der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene am 17. März im Thüringer Landtag befindet er sich jetzt in der weiteren parlamentarischen Beratung. Der Innen- und Kommunal Ausschuss lädt zu einer öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf in den Landtag ein. Diese findet am Donnerstag, den 12. Mai, ab 10.00 Uhr im Raum F 101 im Funktionsgebäude des Landtags statt.

Mit den neuen Regelungen für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in den Kommunen wird sich Thüringen im Bundesvergleich der Länder an die Spitze setzen.

Inklusion

Zur Veranstaltung des Behindertenbeauftragten Joachim Leibiger „100 Tage im Amt“ sagte MdL Karola Stange: „Die Landesregierung ist auf einem guten Weg, in engem Kontakt mit Vereinen und Verbänden ein progressives Gleichstellungsgesetz zu realisieren und so die Verpflichtungen aus der UN-Behindertenkonvention umzusetzen.“ Dabei sollen die Behindertenbeauftragten in den kommunalen Parlamenten gestärkt werden. „Es ist zu hoffen, dass viel mehr Kommunen einen eigenen kommunalen Aktionsplan verabschieden werden – so wie es die UN-Konvention vorsieht.“ Dies ist nach Auffassung der LINKE-Politikerin eine einzufordernde Aufgabe für die kommunalen Mandatsträger.

Sanktionen

Mehr als jeder dritte Hartz-IV-Empfänger, der gegen vom Jobcenter verhängte Sanktionen Widerspruch einlegt oder klagt, hat damit Erfolg. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKE-Vorsitzenden Katja Kipping hervor. Demnach wurde im vergangenen Jahr rund 18.600 Widersprüchen in rund 51.000 Fällen ganz oder teilweise stattgegeben. Bei den 5.867 Fällen, die 2015 vor Gericht landeten, waren die Betroffenen in 2.325 Fällen zumindest teilweise erfolgreich. Kipping forderte ein Aus für die Sanktionen: „Eine Rechtsvereinfachung wäre es, sich von einer dermaßen rechtsanfälligen und bürokratischen Praxis zu verabschieden und die Sanktionen endlich abzuschaffen.“